



CDU

Leitantrag des Landesvorstands
der CDU Nordrhein-Westfalen

Schulvielfalt statt Schuleinfalt

Schulpolitische Leitsätze der CDU Nordrhein-Westfalen

32. Landesparteitag
6. November 2010, Bonn

Inhaltsübersicht

I.	3
Die derzeitige Situation	3
Ziel der CDU in Nordrhein-Westfalen: Vertrauen und Anerkennung.....	4
Ziel der SPD-geführten Landesregierung: Festhalten an alten Debatten und ideologischen Vorstellungen	5
Notwendigkeit einer Neuorientierung durch die empirische Forschung.....	6
Schulvielfalt statt Schuleinfalt – Wahlfreiheit statt Zwang	7
Schulfrieden nur mit einem vielfältigen Schulwesen	7
Föderaler Wettbewerb als Vorteil	8
II.	8
Schulstrukturdebatte und SPD: Jahre der Vergeblichkeit.....	8
Perspektivwechsel 2005	9
III.	11
Individuell fördern	11
Früher gemeinsam lernen.....	11
Eigenverantwortung der Schulen mit Leben füllen	12
Ganztagsschule ausbauen	12
Leistungsbereitschaft und Anstrengung anerkennen	12
Erziehung, Persönlichkeitsbildung und Befähigung zur Ausbildung ernst nehmen	13
Moderne Lehrerbildung umsetzen.....	13
Regionale Vernetzung fördern.....	14
Entscheidungen vor Ort treffen – Schulträger stärken.....	14
Durchlässigkeit fördern, Übergänge besser organisieren	14
Inklusion fördern.....	15
Bildungsbeteiligung von Zuwanderern verbessern	15
Berufsschulen und Berufskollegs zu regionalen Kompetenzzentren ausbauen.....	16
IV.	16

1 Leitantrag des CDU-Landesvorstands an den
2 32. Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen am 6. November 2010 in Bonn

3 **Schulvielfalt statt Schuleinfalt**

4 **Schulpolitische Leitsätze der CDU Nordrhein-Westfalen**

5 Bildung soll unsere Kinder und Jugendlichen dazu befähigen, ein selbstbestimmtes Leben
6 führen zu können. Schulbildung trägt wesentlich dazu bei und ermöglicht es den jungen
7 Menschen darüber hinaus, eigenständig und entsprechend ihren Fähigkeiten einen Be-
8 rufsweg wählen zu können. Vielfalt des Schulwesens ist hierfür eine notwendige Voraus-
9 setzung.

10 Rot-Grün ergeht sich in alten formalen Schulstrukturdebatten und will die Einheitsschule
11 flächendeckend einführen. Die CDU in Nordrhein-Westfalen konzentriert sich im Unter-
12 schied dazu auf die inhaltlichen Verbesserungen unseres Schulwesens und die individuelle
13 Förderung jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers.

14 Die vorliegenden Leitsätze dienen als Anstoß für eine offene Diskussion, die sowohl inner-
15 halb der CDU Nordrhein-Westfalen, aber auch in einer breiteren Öffentlichkeit zur Wei-
16 terentwicklung unseres vielfältigen Schulwesens geführt werden soll.

17 **I.**

18 ***Die derzeitige Situation***

19 Nordrhein Westfalen hat eine historisch gewachsene, ausdifferenzierte Schullandschaft. In
20 zur Zeit 671 Hauptschulen, 559 Realschulen, 630 Gymnasien, 221 Gesamtschulen, 727
21 Förderschulen, 52 Waldorfschulen, 56 Weiterbildungskollegs und 361 Berufskollegs wer-
22 den rund 2,8 Millionen Schülerinnen und Schüler von mehr als 195.000 Lehrerinnen und
23 Lehrern unterrichtet. Dieses komplexe Schulsystem war in der Vergangenheit und wird
24 auch in Zukunft einem steten Wandel unterworfen sein. Dabei spielt die demografische
25 Entwicklung eine wesentliche Rolle. Im Schuljahr 2020 wird es knapp ein Viertel weniger
26 Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I geben als heute. Bildungspolitik bewältigt

27 diese Herausforderung, wenn sie als Ordnungspolitik verstanden wird. Das nordrhein-
28 westfälische Schulgesetz von 2006 ist Ausdruck dieser ordnungspolitischen Wende. Es gibt
29 einen Rahmen vor, der Vielfalt im Wandel ermöglicht. Das geltende Schulgesetz sieht bei-
30 spielsweise vor:

- 31 ▪ die Zusammenarbeit von Schulformen (§ 4),
- 32 ▪ den organisatorischen Zusammenschluss von Hauptschulen und Realschulen zu Ver-
33 bundschaften (§ 83),
- 34 ▪ den Zusammenschluss von Hauptschulen und Gesamtschulen zu Aufbauschulen der
35 Sekundarstufe I (§ 83),
- 36 ▪ die Erweiterung einer Hauptschule um einen Realschulzweig oder die Erweiterung einer
37 Realschule um einen Hauptschulzweig (§ 83),
- 38 ▪ Grundschulverbände mit einklassigen Teilstandorten und Hauptschulen mit einer Klas-
39 se pro Jahrgang (§ 82),
- 40 ▪ Den Zusammenschluss von Gemeinden und Gemeindeverbänden zu Schulverbänden
41 (§ 78),
- 42 ▪ Schulversuche, Versuchsschulen und Modellvorhaben zur Weiterentwicklung des
43 Schulwesens (§ 25).

44 Diese Möglichkeiten sind in den letzten Jahren von vielen Schulträgern genutzt worden, so
45 wurden zwischen 2006 und 2009 rund 20 Verbundschulen eingerichtet. Dadurch hat sich
46 die Schullandschaft in Nordrhein-Westfalen in einer Weise positiv weiterentwickelt, wie es
47 sie unter den vorherigen Landesregierungen nicht gegeben hat. Alle diese Änderungen
48 von Schulformen sind im regionalen Konsens geschehen. Der regionale Konsens bleibt
49 auch für die Zukunft unerlässlich. Das gilt auch für die im Schulgesetz vorgesehenen Mo-
50 dellversuche.

51 ***Ziel der CDU in Nordrhein-Westfalen: Vertrauen und Anerkennung***

52 Die CDU Nordrhein-Westfalen ist offen für eine sinnhafte Debatte über die zukunftsfähige
53 Organisation des Schulwesens. Entscheidend ist der Geist, aus dem heraus die Organisati-

54 ons- oder Strukturfragen erörtert werden. Der jahrzehntealte Obersatz der Einheitsschul-
55 befürworter in der alten Schulstruktur-Debatte lautete: „Wir brauchen eine Bildungspoli-
56 tik, die die alten Strukturen überwindet.“ Dieses schulpolitische Grundbekenntnis ist auch
57 der Leitgedanke des Parteitagsbeschlusses der nordrhein-westfälischen SPD vom 25. Au-
58 gust 2007. Dort heißt es: Soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Integration, eine hohe
59 Bildungsbeteiligung und die Ausschöpfung aller Bildungsreserven lassen sich „mit dem
60 gegenwärtigen Bildungssystem [...] nicht verwirklichen“. „Das gegliederte Schulwesen ist
61 nicht zukunftsfähig“ (S. 9). Die hier zum Ausdruck gebrachte schulpolitische Grundhaltung
62 ist die des Misstrauens und der Ablehnung. Den Schulen wird signalisiert: ‚Ihr seid veraltet,
63 ihr seid nicht zukunftsfähig, unser Ziel ist eure Überwindung‘. Diese Grundhaltung hat das
64 schulpolitische Klima in Bund und Land jahrelang nachteilig geprägt. Sie hat wesentlich zur
65 Ideologisierung der Debatten beigetragen. Die Kontrahenten mauerten sich ein, nötige
66 Reformen wurden nicht angepackt, Schulen wurden allein gelassen. An die Stelle einer
67 misstrauenden und ablehnenden Grundhaltung trat 2005 unter der CDU-geführten Lan-
68 desregierung eine Grundhaltung des Vertrauens und der Anerkennung. Jede Schule, gleich
69 welcher Form, wurde wertgeschätzt. Das schulpolitische Ziel war nicht die Überwindung
70 einer angeblich nicht zukunftsfähigen Schulstruktur. Das Ziel war, die Schulen, die da sind
71 und sich sämtlich bemühen, ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag bestmöglich nachzu-
72 kommen, besser auszustatten und ihnen im Rahmen eines verlässlichen Ordnungsrahmens
73 Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten.

74 ***Ziel der SPD-geführten Landesregierung: Festhalten an alten Debatten und ideologischen***
75 ***Vorstellungen***

76 Die CDU Nordrhein-Westfalen hält die von 2005 bis 2010 vorgenommenen schulpoliti-
77 schen Weichenstellungen für richtig. Sie hält das in dieser Zeit geschaffene Klima des Ver-
78 trauens und der Anerkennung für unerlässlich. Nur so kann es gelingen, unsere Schulen für
79 die Zukunft weiter richtig aufzustellen und die Schulstruktur angemessen fortzuentwi-
80 ckeln. Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht deshalb mit großer Sorge, dass die neue Lan-
81 desregierung entschlossen scheint, die überwunden geglaubte alte Schulstrukturdebatte
82 in Nordrhein-Westfalen wiederzubeleben. Die Ankündigung, mindestens 30 Prozent der
83 allgemeinbildenden Schulen in der Sekundarstufe I bis 2015 in „Gemeinschaftsschulen“¹

¹ Der Rechtsbegriff „Gemeinschaftsschule“ ist in der Landesverfassung Nordrhein-Westfalens in Art. 12 fest-
gelegt. Gemeinschaftsschulen sind als Schulart bei Grund- und Hauptschulen definiert in Abgrenzung zu
Bekenntnisschulen.

84 umzuwandeln und neue Schulen in der Regel nur noch als „Gemeinschaftsschulen“ zu ge-
85 nehmigen, ist dafür der zweifelsfreie Beleg. Vor dem Hintergrund des Parteitagsbeschlus-
86 ses der nordrhein-westfälischen SPD von 2007 ist dieses Vorhaben nur eine Etappe auf
87 dem Weg zur flächendeckenden Einheitsschule gesehen werden. „Bei der Reform des Bil-
88 dungssystems“, heißt es in diesem Parteitagsbeschluss, „darf es nicht mehr um das ‚Ob‘,
89 sondern es muss um das ‚Wie‘ einer Verlängerung der gemeinsamen Lernzeit in der Se-
90 kundarstufe I gehen [...] Deshalb streben wir in der Perspektive ein vollständig integratives
91 System an, das bis zum ersten qualifizierten Abschluss am Ende der Sekundarstufe I führt“
92 (S. 10). Dieser Zielbestimmung entspricht die Koalitionsvereinbarung von Juli 2010. Dort
93 heißt es: „Das nordrhein-westfälische Schulsystem ist den Anforderungen der Zukunft
94 nicht gewachsen.“ Derselben Zielbestimmung entspricht auch die Haltung der SPD in den
95 Koalitions-Sondierungsgesprächen mit der CDU. Dort hat die SPD auch dem in manchen
96 Bundesländern favorisierten Zwei-Säulen-Modell aus Gymnasium und fusionierter Haupt-
97 und Realschule eine Absage erteilt.

98 ***Notwendigkeit einer Neuorientierung durch die empirische Forschung***

99 Im Zusammenhang mit den PISA-Studien hatte die schulpolitische Debatte an Substanz
100 gewonnen und an ideologischem Gehalt wohltuend verloren. Einen fachlichen Konsens
101 darüber, dass ein vollständig integratives System die Voraussetzung für eine Verbesserung
102 der Qualität von Schule ist, gibt es nicht. Die Zahl der Experten, die die Schulstruktur nicht
103 für die entscheidende Variable für den Kompetenzerwerb halten, ist beeindruckend. Eben-
104 so wenig gibt es einen fachlichen Konsens darüber, dass eine Verlängerung des gemein-
105 samen Lernens über die bisherige Grundschulzeit hinaus bis zur sechsten Klasse Schüle-
106 rinnen und Schülern Vorteile bringt. Die empirische Lern- und Bildungsforschung nach
107 PISA spricht zunehmend dafür, dass die Strukturfrage in der Vergangenheit überbewertet
108 worden ist und vergleichsweise entscheidenden Fragen zu wenig Aufmerksamkeit zuteil
109 wurde. Dazu zählen insbesondere die Fragen der individuellen Förderung, der frühkindli-
110 chen Bildung, der Lehreraus- und -fortbildung oder der Gestaltung von Unterricht. Es hat
111 in der Vergangenheit zu viele „Reformen“ gegeben, die keineswegs einen Fortschritt be-
112 wirkt haben, weil sie nicht auf der Grundlage gesicherten Wissens erfolgten.

113 ***Schulvielfalt statt Schuleinfalt – Wahlfreiheit statt Zwang***

114 Die CDU Nordrhein-Westfalen hält das vielfältige Schulwesen für entwicklungs- und für
115 zukunftsfähig. Sie ist der Auffassung, dass unterschiedliche und durchlässige Bildungsgän-
116 ge der Vielfalt von Begabungen und Interessen junger Menschen eher gerecht wird als ein
117 uniformes System. Vielfalt ist lebendiger, bunter und spannender und bietet mehr indivi-
118 duelle und soziale Chancen, als es landesweit uniforme Schulen könnten. Ein leistungsfä-
119 higes Schulsystem ist durch Wettbewerb zwischen verschiedenen Schulen und mit ande-
120 ren Schulsystemen gekennzeichnet. Die CDU hält es für ein hohes Gut, dass Eltern, Schüle-
121 rinnen und Schüler zwischen verschiedenen Schulen wählen können. Ein vollständig inte-
122 gratives System lässt niemandem eine Wahlmöglichkeit; wo es nur *ein* Angebot gibt, ist
123 nichts mehr zu wählen. Dort herrscht Zwang. Auch die Grünen wollen diesen Zwang, den
124 Zwang zur Vereinheitlichung. Frau Löhrmann will die sogenannte Gemeinschaftsschule
125 „zum Regelfall“ machen. Damit opfert sie Vielfalt, Individualität und Wahlmöglichkeit auf
126 dem ideologischen Altar der alten Strukturdebatte. Die Bevorzugung einer einzelnen Schu-
127 le zu Lasten der anderen war der Fehler der alten Schulpolitik. Es darf nicht sein, dass heu-
128 te wieder in den alten Fehler zurückgefallen wird. Die CDU Nordrhein-Westfalen wird sich
129 gegen diese geplante Einfalt strikt wehren. Sie ist der Überzeugung, dass modern und zu-
130 kunftsgewandt nicht die Befürworter von Uniformität sind, sondern die Vertreter von Viel-
131 falt und Individualität.

132 ***Schulfrieden nur mit einem vielfältigen Schulwesen***

133 Die nordrhein-westfälische Minderheitsregierung hat erklärt, sie wolle „versuchen, mit
134 allen Fraktionen und allen beteiligten Akteurinnen und Akteuren einen Konsens in der
135 Schulpolitik zu erzielen“ (Koalitionsvertrag, Juli 2010). Die CDU Nordrhein-Westfalen ist zu
136 einem offenen Dialog über alle Maßnahmen bereit, die zu einer Verbesserung der Qualität
137 von Schule führen. Die CDU Nordrhein-Westfalen will keinen Schulkrieg. Konsensorien-
138 tierte Gespräche darüber, wie die Unterrichtsqualität verbessert werden kann und wie die
139 gewachsene Schulstruktur vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und auf
140 der Grundlage gesicherter bildungswissenschaftlicher Erkenntnisse fortentwickelt werden
141 kann, sind mit der CDU Nordrhein-Westfalen jederzeit möglich. Eine Abschaffung des viel-
142 fältigen Schulwesens ist im Konsens mit der CDU Nordrhein-Westfalen nicht möglich. Die
143 CDU Nordrhein-Westfalen will kein vollständig integratives System. Entscheidend ist die
144 Gewährleistung von Schulqualität. Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Verbund-

145 schulen, Gesamtschulen, Gymnasien, Förderschulen und Berufsschulen leisten gute Ar-
146 beit. Eine Änderung von Schulformen ist kein Selbstzweck; sie müsste regional unabweis-
147 bare Gründe haben und kann nur im regionalen Konsens geschehen.

148 ***Föderaler Wettbewerb als Vorteil***

149 Das Grundgesetz hat die Bildungskompetenz der Länder festgelegt. Die Föderalismusre-
150 form II hat diese Kompetenz noch einmal gestärkt. Nordrhein-Westfalen wäre als selb-
151 ständiger Staat von der Bevölkerungszahl her eines der großen Mitglieder der Europäi-
152 schen Union. Nordrhein-Westfalen ist größer als die Niederlande, doppelt so groß wie
153 Schweden, mehr als doppelt so groß wie Österreich und dreimal größer als Finnland. Die
154 CDU Nordrhein-Westfalen ist vor diesem Hintergrund der Auffassung, dass unser Land
155 keinen Zweifel lassen sollte an seinem schulpolitischen Gestaltungswillen und seiner
156 schulpolitischen Verantwortung. Der föderale Wettbewerb auch um die schulpolitisch bes-
157 seren Lösungen ist ein Vorteil. Dabei müssen selbstverständlich die Freizügigkeit und Ver-
158 gleichbarkeit innerhalb Deutschlands und auch innerhalb Nordrhein-Westfalens gewähr-
159 leistet sein. Die schulpolitischen Pläne der rot-grünen Minderheitsregierung vor allem mit
160 Blick auf G8 und G9 werden Schulwechsel selbst innerhalb Nordrhein-Westfalens erheb-
161 lich erschweren. Es darf nicht zu Bildungsgrenzen innerhalb Deutschlands kommen. Aber
162 selbstverständlich darf es auch keine Bildungsgrenzen innerhalb ein und desselben Bun-
163 deslandes geben.

164

II.

165 ***Schulstrukturdebatte und SPD: Jahre der Vergeblichkeit***

166 39 Jahre lang hatte die SPD Zeit, ihren eigenen Anforderungen gerecht zu werden: Ein Bil-
167 dungssystem, bei dem kein Kind und kein Jugendlicher auf der Strecke bleibt, eine Schul-
168 landschaft, in der die Bildungsbeteiligung vor allem der sozial schwachen Gesellschafts-
169 schichten erhöht wird. Was ist die Realität?

170 39 Jahre hat die SPD über die Schulstruktur als einzigem möglichen Weg zum Erreichen
171 ihres Ziels debattiert. 39 Jahre hat die SPD immer wieder finanzielle Mittel in den Umbau
172 und die Veränderung dieser Strukturen investiert.

173 Das Ergebnis: Nirgendwo in Deutschland wirkte sich in den Jahren bis 2005 die Herkunft
174 von Kindern aus bildungsferneren oder sozial schwächeren Elternhäusern so nachteilig auf
175 den Schulerfolg aus wie in Nordrhein-Westfalen. Lehrermangel und Unterrichtsausfall
176 prägten das Schulleben. Hauptschülerinnen und Hauptschüler wurden benachteiligt. Sie
177 waren die Leidtragenden, als die Politik ihrer Schulform keine Zukunft mehr gab. Kinder
178 aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte wurden um Bildungschancen gebracht, weil sie
179 ohne ausreichende Deutschkenntnisse eingeschult wurden. Das pädagogische Konzept der
180 individuellen Förderung war ebenso in den Anfängen stecken geblieben wie das Konzept
181 der selbständigen Schule. Der Ausbau von Ganztagschulplätzen blieb weit hinter den Er-
182 fordernissen zurück. Dasselbe galt für das frühkindliche Betreuungs- und Bildungssystem.

183 Die Schulpolitik der nordrhein-westfälischen Landesregierung stand deshalb 2005 vor der
184 Aufgabe, diese krassen Fehlentwicklungen zu korrigieren, die die vorangegangenen Lan-
185 desregierungen zugelassen oder befördert hatten. Die SPD-geführten Landesregierungen
186 hatten sich nicht hinreichend um die Verbesserung der konkreten Situation von Schülerin-
187 nen, Schülern, Lehrerinnen und Lehrern im Unterricht gekümmert, dafür umso mehr um
188 Organisationsfragen des Schulwesens. Die klassische Schulstruktur-Debatte und die Maß-
189 nahmen, die aus dieser Debatte heraus umgesetzt wurden, haben jedoch nicht dazu ge-
190 führt, dass die Leistungen des Schulsystems besser geworden sind und Schülerinnen und
191 Schüler mehr Chancen erhielten, ihre Begabungen zu entdecken, ihre Fähigkeiten zu ent-
192 falten und aktiv mit allen Rechten und Pflichten an unserer demokratischen Gesellschaft
193 teilzuhaben. Die klassische Schulstruktur-Debatte, wie sie von der SPD geführt wurde und
194 immer noch geführt wird, ist nutzlos. Sie führt zu Verunsicherungen der betroffenen Schü-
195 lerinnen und Schüler, der Lehrerinnen und Lehrer, der Eltern. Sie ist nicht zielführend und
196 daher vergeblich.

197 ***Perspektivwechsel 2005***

198 Die CDU-geführte Landesregierung hat 2005 bewusst die Perspektive gewechselt. Sie hat
199 sich einer Fortsetzung der klassischen Schulform-Debatte verweigert und sich auf die Ver-
200 besserung der konkreten Situation an den Schulen konzentriert. Von 2005 bis zum Schul-
201 jahr 2010/11 wurden mehr als 8.000 neue Lehrerstellen geschaffen. Der Unterrichtsausfall
202 wurde binnen fünf Jahren seit 2005 fast halbiert. Die Quote der Schülerinnen und Schüler,
203 die eine Klasse wiederholen müssen, sank im selben Zeitraum auf den niedrigsten Stand

204 seit 1997/98. Die individuelle Förderung wurde zur schulpolitischen Leitidee gemacht und
205 neu ins Schulgesetz eingebracht. Die Selbständigkeit der Schulen wurde schulgesetzlich
206 verankert, mit dem Erfolg, dass die Schulen in Nordrhein-Westfalen jetzt den höchsten
207 Grad an Selbständigkeit in Deutschland haben. Massiv wurde in die vorschulische Bildung
208 investiert. Die Einführung von Sprachtests für alle Vierjährigen und der einhergehende
209 Ausbau der Sprachförderung werden sich positiv insbesondere für Kinder aus Zuwanderer-
210 familien auswirken. 265.000 Ganztagschulplätze wurden geschaffen. Für die von den
211 Vorgängerregierungen benachteiligten Hauptschülerinnen und Hauptschüler wurde eine
212 wirksame und weithin anerkannte Qualitätsoffensive gestartet. Die Lehrerausbildung
213 wurde in einer Weise reformiert, die bundesweit Anerkennung findet.

214 Die Erfolge der Schulpolitik zwischen 2005 und 2010 lassen sich bereits jetzt feststellen.
215 So erreichte Nordrhein-Westfalen bei der Überprüfung der deutschlandweiten Bildungs-
216 standards der Kultusministerkonferenz in Deutsch und Englisch einen Platz im oberen
217 Drittel aller Bundesländer. Während das Land bei PISA 2000 und PISA 2003 noch zu den
218 Schlusslichtern in Deutschland gehörte, sind diese Ergebnisse – die auf statistischen Daten
219 des Jahres 2009 beruhen – Ausdruck und sichtbarer Beleg für die erfolgreiche Bildungs-
220 politik der vergangenen fünf Jahre.

221 Die Schulpolitik der CDU-geführten Landesregierung nach 2005 war geprägt von Pragma-
222 tismus und Augenmaß. Mit den erfolgten Verbesserungen und maßvollen Strukturrefor-
223 men sind die Weichen richtig gestellt worden

- 224 ▪ für eine Verbesserung der Schulqualität,
- 225 ▪ für eine Anhebung des Bildungsniveaus,
- 226 ▪ für eine Abkopplung des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft,
- 227 ▪ für eine Senkung der sogenannten „PISA-Risikogruppen“,
- 228 ▪ für eine Erhöhung der Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Zuwande-
229 rungshintergrund,
- 230 ▪ für die auch unter demografischen Gesichtspunkten dringend erforderliche Ausschöp-
231 fung aller Begabungsreserven.

232

III.

233 Die CDU Nordrhein-Westfalen hält folgende schulpolitische Schwerpunktsetzungen für
234 richtig und zukunftsweisend:

235 ***Individuell fördern***

236 Die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern muss in allen Schulformen als
237 Standard weiter durchgesetzt werden. Das schließt die intensive Förderung sowohl von
238 leistungsstarken wie von leistungsschwachen Schülern ein. Für individuelle Förderung sind
239 kleinere Klassengrößen in allen Schulformen anzustreben. Das Konzept der individuellen
240 Förderung hat weitreichende Konsequenzen, die zu einer tiefgreifenden Umgestaltung des
241 Unterrichtsgeschehens führen werden. Die Organisation individueller Lernprozesse muss
242 Rücksicht nehmen auf die unterschiedlichen Lern-Interessen und Lern-Tempi der einzel-
243 nen Schülerinnen und Schüler. Das kann je nach den Voraussetzungen von Lerngruppen
244 eine völlig neue Gestaltung von Lernorten und Lernzeiten erforderlich machen. So kann es
245 beispielsweise vorteilhaft sein, wenn Kinder oder Jugendlichen unterschiedlichen Alters
246 denselben Lernraum nutzen und dort zur selben Zeit an unterschiedlichen Aufgaben arbei-
247 ten. Oder es kann sein, dass sich die 45-Minuten-Taktung des Unterrichts als ungeeignet
248 für individuelle Förderung erweist.

249 ***Früher gemeinsam lernen***

250 Die Befürworter längeren gemeinsamen Lernens unterstellen, dass Lern- und Sprachdefizi-
251 te besser ausgeglichen werden können, wenn Kinder über die Grundschule hinaus auch in
252 den Klassen fünf und sechs – also bis zur beginnenden „schwierigen“ Pubertätsphase –
253 gemeinsam unterrichtet werden. Für diese Position gibt es kein gesichertes Wissen. Erfah-
254 rungen in Berlin oder Brandenburg liefern keinen Beleg für die Richtigkeit der Position.
255 Nicht bloß eine Meinung, sondern ein gesichertes Ergebnis der Bildungs- und Lernfor-
256 schung dagegen ist, dass *frühes* Lernen nachweisbare Erfolge hat. Statt „länger gemeinsam
257 lernen“ ist „früher gemeinsam lernen“ eine zweifellos *richtige* Devise, wenn es darum geht,
258 Lern- und Sprachdefizite auszugleichen. Deshalb ist die CDU Nordrhein-Westfalen dafür,
259 dass dem bisherigen ersten Grundschuljahr ein Lernjahr vorangestellt wird. Das bringt
260 nachweislich gerade für Kinder aus bildungsferneren Schichten und für Kinder mit Zuwan-
261 derungshintergrund große Vorteile.

262 ***Eigenverantwortung der Schulen mit Leben füllen***

263 Voraussetzung einer nachhaltigen Qualitätsentwicklung an unseren Schulen ist, dass
264 Schulleitungen, Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler gemeinsam Verantwor-
265 tung für „ihre“ Schule übernehmen. Verantwortung setzt Kompetenzen voraus. Die von
266 der CDU-geführten Landesregierung ins Schulgesetz eingeführte Selbständigkeit der
267 Schulen muss weiter mit Leben erfüllt werden. Sie kann, orientiert an allgemein definier-
268 ten Qualitätsstandards, zu attraktiven Profilbildungen führen. Sie wird den Wettbewerb
269 um die besten Wege zur Erreichung der Qualitätsstandards stärken und damit der Schul-
270 entwicklung insgesamt dienen.

271 ***Ganztagsschule ausbauen***

272 Die erfolgreiche Offensive zum bedarfsgerechten Ausbau des Ganztags ist fortzusetzen.
273 Das ist nicht nur aus gesellschaftlichen Gründen nötig. Das Konzept der individuellen För-
274 derung verlangt nach einer neuen Gestaltung des Lerntags. Eine Ganztagsschule bietet
275 dafür Zeit. Sie kann angemessen auf die unterschiedlichen Voraussetzungen, Interessen
276 und Begabungen der Kinder und Jugendlichen eingehen. Dafür müssen unsere Schulen
277 besser, schöner und attraktiver ausgestattet werden. Sie sind tagsüber der Lebensraum für
278 Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler. Dieser Lebensraum ist bewusst als anregender Lern-
279 raum zu gestalten.

280 ***Leistungsbereitschaft und Anstrengung anerkennen***

281 Zum sicheren Wissen der Lern- und Bildungsforschung gehört, dass die Rolle der Emotio-
282 nen beim Lernen kaum zu überschätzen ist und dass das Erleben von Anerkennungen und
283 ein gesundes Selbstvertrauen *unabdingbare Voraussetzungen* für erfolgreiches Lernen sind.
284 Die emotionale Atmosphäre beim Lernen muss stimmen. Die Leistungen von Schülerinnen
285 und Schülern werden besser, wenn *Leistungsbereitschaft* und *Anstrengung* belohnt werden.
286 Angst und Frustrationserlebnisse behindern das Lernen und das kreative Lösen von Prob-
287 lemen. Eine neue Kultur der Anerkennung muss in den Schulen Platz greifen, die schon
288 *Anstrengungen* belohnt und nicht nur das *Ergebnis* von Anstrengungen. Schülerinnen und
289 Schüler sollen erfahren, dass sie etwas *können*. Die Erfahrung „Ja, ich kann“ ist nach den
290 gesicherten Erkenntnissen der Lern- und Bildungsforschung von entscheidender Bedeu-
291 tung für die Lernbiographie eines Menschen. Die Schaffung einer Kultur der Anerkennung

292 im Rahmen der individuellen Förderung sollte dazu führen, das das Sitzenbleiben der Ver-
293 gangenheit angehört.

294 ***Erziehung, Persönlichkeitsbildung und Befähigung zur Ausbildung ernst nehmen***

295 Bildung ist keine starre und unveränderbare Eigenschaft. Bildung ist ein Prozess, durch
296 den die Menschen zu sich selbst kommen. Durch Bildung sind Menschen fähig, sich selbst
297 zu erkennen, ihr Leben selbst zu gestalten und ihre Mitmenschen zu respektieren. Bildung
298 befähigt zur Teilnahme am gesellschaftlichen Zusammenleben. Die individuelle Bildung
299 jedes einzelnen wird auf vielfältige Weise beeinflusst. Es ist die zentrale Aufgabe der Müt-
300 ter und Väter, ihre Kinder zu erziehen. Ergänzend zu den Eltern haben die Schulen einen
301 klaren Erziehungsauftrag, den sie behalten und ernst nehmen müssen. Die Schule hat bei
302 der moralischen Entwicklung der Persönlichkeit mitzuwirken. Kinder und Jugendliche ler-
303 nen Werte und Tugenden durch Handeln und nicht durch Predigten oder das Auswendig-
304 lernen von Tugendkatalogen. Sie müssen zu diesem Lernen durch Handeln in den Schulen
305 Gelegenheit haben. Dazu gehört, dass sie Grenzen gesetzt bekommen, Konflikten ausge-
306 setzt sind und die Chance haben, normgerecht zu handeln oder die Konsequenzen norm-
307 widrigen Verhaltens zu spüren. – In einer Zeit, in der die Verunsicherung von Eltern zu-
308 nimmt und in der es kaum noch einen allgemeinen Konsens darüber gibt, wie man Kinder
309 erzieht, kommt dem Erziehungsauftrag der Schule ein zunehmendes Gewicht zu. Er sollte
310 klar und selbstbewusst bestimmt werden.

311 Es ist ebenso die Aufgabe von Schule, Kinder und Jugendliche für eine Ausbildung zu befä-
312 higen. Schule ist ein wesentlicher Schritt auf dem Weg in ein selbstbestimmtes Berufsle-
313 ben. Entsprechend der vielfältigen Begabungen und der unterschiedlichen persönlichen
314 Voraussetzungen jedes einzelnen Kindes und jedes einzelnen Jugendlichen ist die Vielfalt
315 des Schulwesens notwendige Bedingung, um einen solchen Schritt erfolgreich bewältigen
316 zu können.

317 ***Moderne Lehrerbildung umsetzen***

318 Eine herausragende Aufgabe der nächsten Jahre ist die Umsetzung der von der CDU-
319 geführten Landesregierung auf den Weg gebrachten Reform der Lehrerausbildung, die von
320 Professor Jürgen Baumert als bundesweit vorbildlich bezeichnet wurde (Der Tagesspiegel,
321 23. Juni 2010). Sie muss zur Profilierung pädagogischer Kompetenzzentren an unseren

322 Hochschulen führen und dadurch einen Innovationsschub in die nordrhein-westfälische
323 Bildungsforschung und einen Wissenstransfer in den Schulunterricht bringen. Die neue
324 Lehrerausbildung legt wesentlich mehr Wert auf Unterrichtspraxis und wird dazu führen,
325 dass fachliche und didaktische Kompetenzen nicht mehr, wie häufig in der Vergangenheit,
326 als Gegensätze betrachtet werden. Diese Kompetenzen müssen durch Weiterbildungsan-
327 gebote, Fortbildungspflichten und Coaching für alle Lehrerinnen und Lehrer in regelmäßi-
328 gen Abständen weiterentwickelt werden.

329 ***Regionale Vernetzung fördern***

330 Die von der CDU-geführten Landesregierung unterstützte regionale Vernetzung ist weiter
331 auszubauen. Dazu gehören Schulverbände und unterstützende außerschulische Netzwer-
332 ke, die eine enge Zusammenarbeit von Schulen, Behörden, Wirtschaft, Kirchen, Sport- und
333 Freizeitvereinen, Polizei, Jugendhilfe und anderen Einrichtungen gewährleisten. Für Schule
334 gibt es eine gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung, die in einer regionalen Vernet-
335 zung auch einen institutionellen Ausdruck finden soll.

336 ***Entscheidungen vor Ort treffen – Schulträger stärken***

337 Wichtig bei einer Weiterentwicklung des vielfältigen Schulwesens ist die Berücksichtigung
338 der konkreten Bedürfnisse vor Ort. Lösungen, die beispielsweise auf die Probleme der de-
339 mografischen Entwicklung möglicherweise auch kurzfristig reagieren, müssen im Konsens
340 mit den Schulträgern, den Eltern, aber auch den Anforderungen der regionalen Gegeben-
341 heiten gefunden werden. Landespolitik darf hier nicht hinderlich sein, sondern muss Wei-
342 chenstellungen vornehmen, die zum Wohle unserer Kinder förderlich sind.

343 ***Durchlässigkeit fördern, Übergänge besser organisieren***

344 Die Durchlässigkeit an unseren Schulen muss verbessert werden. Jede Schülerin und jeder
345 Schüler muss unabhängig davon, wo sie oder er startete, zu jedem möglichen Abschluss
346 kommen können. Die CDU-geführte Landesregierung hatte deshalb in allen Schulformen
347 Ergänzungsstunden zur Förderung eingeführt. Zur weiteren Entwicklung der Durchlässig-
348 keit an unseren Schulen sollen die Übergänge besser organisiert werden. Aufnehmende
349 und abgebende Kindergärten und Schulen müssen stärker als bisher durch ein besseres

350 Übergangsmanagement eng miteinander kooperieren, um die bestmögliche Lösung für die
351 Kinder und Jugendlichen zu erreichen.

352 ***Inklusion fördern***

353 Die CDU unterstützt die Inklusion ausdrücklich. Als Konsequenz aus der UN-Konvention
354 für Menschen mit Behinderungen ist eine grundlegende Weiterentwicklung der sonderpä-
355 dagogischen Förderung erforderlich. Mit der Entwicklung von Kompetenzzentren für son-
356 derpädagogische Förderung hat die CDU in ihrer Regierungszeit 2005-2010 entscheidende
357 Voraussetzungen dafür geschaffen. Die Umsetzung der UN-Konvention ist eine zentrale
358 Herausforderung. Es gilt, neben materiellen Bedingungen auch Haltungen und Einstellun-
359 gen zu verändern. Das Wohl der jungen Menschen mit Behinderungen ist der Maßstab
360 unseres Handelns. Daher muss individuell entschieden werden, wo das Wohl eines behin-
361 derten Kindes am besten gefördert wird, in der allgemeinbildenden Schule oder in der För-
362 derschule. Die CDU bejaht ein grundsätzliches Wahlrecht der Eltern auf den sonderpäda-
363 gogischen Förderort.

364 ***Bildungsbeteiligung von Zuwanderern verbessern***

365 Die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte ist eine der
366 zentralen Aufgaben unserer Gesellschaft und der Politik. Die CDU in Nordrhein-Westfalen
367 begreift diese Problematik als Querschnittsaufgabe. Es gilt die Lebens-, Bildungs- und
368 Ausbildungsperspektiven insbesondere der Kinder und Jugendlichen mit Zuwanderungs-
369 geschichte zu verbessern. Die Schulen bilden hierbei einen zentralen Faktor. Entscheidend
370 und in ihrer Bedeutung wissenschaftlich gesichert ist aber ebenso die vorschulische Ele-
371 mentarbildung. Die CDU geführte Landesregierung hat seit 2005 auf diesem Weg schon
372 wesentliche Schritte getan. So ist Nordrhein-Westfalen auf dem Gebiet der Sprachförde-
373 rung bundesweit Vorreiter. Die Sprachentwicklung der Kinder wird bereits zwei Jahre vor
374 der Einschulung überprüft. Damit ist gewährleistet, dass Defizite in der Sprachfähigkeit
375 frühzeitig erkannt und gezielt abgebaut werden können. Jedes Kind soll fähig sein, von
376 Anfang an dem Schulunterricht folgen zu können.

377 ***Berufsschulen und Berufskollegs zu regionalen Kompetenzzentren ausbauen***

378 Das Berufskolleg ist eine wesentliche Säule moderner Bildungspolitik, weil es eine breite
379 Palette von beruflichen und allgemeinbildenden Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten
380 anbietet und dadurch die Durchlässigkeit im vielfältigen Schulsystem wahrt und mit abbil-
381 det. In den aktuellen Bildungsdiskussionen bleibt diese hervorragende Bildungseinrich-
382 tung häufig unerwähnt. Berufskollegs müssen in der vielfältigen nordrhein-westfälischen
383 Bildungslandschaft gestärkt und in ihrer herausragenden Bedeutung sichtbarer werden.
384 Die Berufskollegs mit ihren unterschiedlichen Schulformen müssen daher zu regionalen
385 Kompetenzzentren ausgebaut werden. Diese Zentren sollen als Koordinierungsstellen und
386 Ansprechpartner für Eltern, Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Lehrerinnen und
387 Lehrer sowie für die beteiligten Betriebe und Unternehmen einschließlich der Berufsge-
388 nossenschaften, Kammern und Ständevertreter dienen.

389

IV.

390 Die CDU Nordrhein-Westfalen erwartet von der CDU-Landtagsfraktion bis zum nächsten
391 ordentlichen Landesparteitag 2011 die Ausarbeitung eines schulpolitischen Konzepts auf
392 der Basis der in den vorigen Abschnitten umrissenen Leitlinien.